



Donnerstag, 15. Oktober 2026, 17:00 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Helfer auf dem Kriegspfad

Anstatt alles zu tun, um das Morden abzuwenden, beginnen Ärzte, Feuerwehrleute, Priester und andere damit, ihre Arbeitsbereiche zu militarisieren.

von Jana Kerac

Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (FOTOKITA, Eder Paisan, Andrew Angelov)

*Löschen, anstatt Brände zu verhindern. Wunden
verbinden, anstatt zu helfen, dass Verletzungen*

vermieden werden. Trösten, anstatt dafür zu sorgen, dass niemand trauern muss. In „kriegstüchtigen“ Zeiten konzentrieren sich helfende Berufe auf das Nachbereiten von Gewalthandlungen und stabilisieren so ein System, das diese immer wieder hervorbringt. Ärzte und medizinisches Personal wären beispielsweise dazu prädestiniert, vor dem Krieg zu warnen, da sie genau wissen, wie groß das Leid bei verstümmelten Menschen ist. Auch die Militärseelsorge gibt es schon sehr lange, ebenso wie Feld- und Kasernengottesdienste. Wozu das Ganze? Will man Tötungsvorgänge schon von vornherein verzeihen oder zukünftige Tote auf ihr Leben im Jenseits vorbereiten? Man denkt vorausschauend und hat dabei nur eines nicht auf dem Plan: die Möglichkeit, dass der Frieden erhalten werden kann. So helfen wichtige Berufsstände dabei mit, den Krieg handhabbar erscheinen zu lassen. Sie bereiten sich auf ein Leben mit dem Krieg anstatt ohne ihn vor und erleichtern den Kriegstreibern die Planung.

Da splintern Knochen ab. Beine werden weggefetzt. Arme

verstümmelt. Gesichter sind verbrannt. Kein Organ funktioniert mehr richtig. Das ist Alltag in der Ukraine. Und auf diesen Alltag bereitet man sich auch hierzulande vor. Auf etlichen Tagungen und Konferenzen. Zum Beispiel am 6. November 2026 in Würzburg. Fachleute aus Deutschland und der Ukraine befassen sich an diesem Tag mit Medizin in Kriegszeiten. Das Wort „Friede“ kommt nicht vor. Ganz so, als handele es sich dabei um eine abstruse Idee.

Wie können schwer verletzte Soldaten und Zivilisten unter

Kriegsbedingungen bestmöglich chirurgisch versorgt werden? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Konferenz. Es geht um Verletzungen durch Explosionen. Durch Brände, Schüsse, Sprengsätze und Bombensplitter. Es geht um Polytraumata und ausgedehnte Knochendefekte. Organisiert wird die Fortbildung von der Würzburger Uniklinik für Herzchirurgie. Einer der Programmpunkte betrifft die Entscheidung, ob Extremitäten erhalten oder amputiert werden sollen. An ein Nachdenken über Initiativen, um den drohenden Krieg zu verhindern, wird keine Minute Konferenzzeit verschwendet.

Im Chaos des Kriegs braucht es vor allem eines: Klare Absprachen. Und das wird dieser Tage überall eintrainiert. Auch die Arbeitsgemeinschaft der in Bayern tätigen Notärzte (agbn) bereitete sich vom 8. bis 11. Oktober 2026 in Neu-Ulm auf den Krieg vor. Dies geschah in unmittelbarer Nähe zum Ulmer Bundeswehrkrankenhaus, was in der Ausschreibung als Glücksfall dargestellt wurde. In die Konferenz war weiter das Staatliche Beschussamt in Ulm, eine Prüf- und Zertifizierungsstelle für Waffen, Munition und Sicherheitstechnik in Baden-Württemberg, integriert. Die Teilnehmer erfuhren, wie sie Schussverletzungen versorgen können.

Und dies nicht nur theoretisch. Die Notärzte durften Seifenblöcke beschießen. So sollten die Auswirkungen unterschiedlicher Waffen und Kaliber sichtbar und Verletzungsmuster nachvollziehbar werden. Die Bundeswehr präsentierte den Ärzten ein gepanzertes Rettungsfahrzeug. Die Jahrestagung verbinde medizinische Fortbildung mit den Herausforderungen der Zukunft, hieß es.

Wieder sind es ausgerechnet Ärzte, also Menschen, die sich für das Leben einsetzen sollten, die konsequent nicht auf die Abstrusität von Kriegen hinweisen.

Die den Krieg als „Herausforderung“ ansehen. Und nicht als etwas,

was auf gar keinen Fall eintreten darf.

Wo bleibt der Friedenswille?

Veranstalten wie der agbn und der Würzburger Uniklinik ist mit Blick auf die angeführten Tagungsprogramme jede Friedenswilligkeit und überhaupt jedes Bewusstsein, was Krieg bedeutet, abzusprechen. Man nimmt als gegeben an, dass es zum Krieg kommen wird. Das wird als Realität akzeptiert. Man sieht nicht die geringste Notwendigkeit, über ein Gegensteuern auch nur nachzudenken. Und das betrifft bei weitem nicht nur diese beiden Events. Allerorten werden Menschen auf Fortbildungs- und Vortragsveranstaltungen auf den der Propaganda zufolge unvermeidlichen Krieg eingestellt. Auf dass ins Bewusstsein sickert: Daran geht kein Weg vorbei.

Dass die Grünen mal wieder eine Vorreiterfunktion einnehmen, verwundert nicht. Soeben brachten sie einen Antrag in den Bayerischen Landtag ein. Darin wird die Staatsregierung aufgefordert, einen jährlichen „Bevölkerungsschutztag“ auszurichten. Der soll den Bajuwaren einbläuen, dass und wie sie sich auf Krisen vorzubereiten haben. Auch ein solcher Tag trommelt natürlich ein: Der Krieg wird kommen. Ganz bestimmt.

Der Gedanke „Friede“ ist abgesprengt. Das zeigte sich auch an einer Fortbildung, die am 7. Oktober 2026 von der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen angeboten wurde. Auch hier ging es um Krisenmanagement. Das ist überhaupt gerade das große Thema des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD). Die Ausgabe 2/2025 des Magazins „Blickpunkt Öffentliche Gesundheit“ drehte sich schwerpunktmäßig um die „wichtige Rolle des ÖGD“ im Kriegs- und Katastrophenfall.

Neu Richtung „Krieg“ denken

Neben einer Krisenfestigkeit für den Fall neuer Pandemien müssten sich die Bundes- und Landesbehörden auf Totalausfälle der kritischen Infrastruktur im Kriegsfall vorbereiten, hieß es in der Ausgabe. Präsentiert wurde ein ausführliches Interview mit Kristina Böhm, Leiterin des Gesundheitsamts Potsdam. Die Ärztin war fast 21 Jahre lang Sanitätsoffizierin bei der Bundeswehr. In dem achtseitigen Magazin kommt das Wort „Frieden“ ein einziges Mal vor. Und zwar in Kristina Böhms Feststellung: „Wir haben bisher nur in Friedenszeiten gedacht.“ Davon, impliziert diese Aussage wohl, sollte man nun tunlichst Abschied nehmen.

Selbst in der Kirche ist der Lack der Friedfertigkeit längst abgesprungen. Dies zeigte sich im vergangenen Jahr bei der Veranstaltung „Frieden schaffen – um Gottes willen?“ mit Bernhard Felmberg in Bayreuth.

Bernhard Felmberg leitet seit Oktober 2020 die evangelische Militärseelsorge in Deutschland. Davor war der Theologe Bevollmächtigter der evangelischen Kirche bei Bundestag, Bundesregierung und EU.

„Wir brauchen ein Seelsorgekonzept für den Verteidigungsfall“, zitierte ihn das *Evangelische Sonntagsblatt*, das auf die Bayreuther Veranstaltung verwies. Er habe, so der Gottesmann in diesem Artikel, von der Kirche den Auftrag erhalten, einen geistlichen Plan für den Kriegsfall vorzubereiten. Konkret soll es dabei um die Überbringung von Todesnachrichten oder um Bestattungen gehen.

„Das Udenkbare durchdenken“

Auch in diesem Bericht ist nicht einmal am Rande die Rede davon,

wie wir den Absprung vielleicht doch noch schaffen könnten. Wie wir es vielleicht doch noch vermeiden könnten, dass weitere hunderttausende Menschen verstümmelt und ermordet werden. Dies galt auch für die Herbsttagung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) am 8. Oktober 2026. Wieder ging es um Krisenvorsorge. Wieder kein Wort von Frieden.

Diesmal wurde über die Rolle der ambulanten Versorgung diskutiert. Zu Gast war Generalstabsärztin Almut Nolte. Der *Tagesspiegel* zitierte sie unlängst mit der Aussage: „Man muss bereits jetzt das vermeintlich Undenkbare durchdenken.“ Almut Nolte ist dieser Tage überhaupt schwer unterwegs. Im Juni war sie zum Jahresempfang 2026 der Knappschaft-Kliniken eingeladen. Auch hier ging es um die „Versorgung in Krisensituationen“. Als stellvertretende Befehlshaberin des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr hielt Almut Nolte einen Impulsvortrag zum Thema „Resilienz in Krisenzeiten“.

Am 15. November 2026 wird sie in Tübingen beim „Deutschen Katastrophenmedizin Kongress“ referieren. „Gesamtverteidigung Deutschlands aus Sicht der Militärmedizin“ lautet der Titel ihres Vortrags im Panel „Zivile und militärische Zusammenarbeit“. Das Stichwort „Frieden“ sucht man auch in diesem zweitägigen Programm vergeblich.

An der Front gebunden

Bundeswehrpersonal ist dieser Tage herzlich eingeladen, Konferenzen zur Kriegsvorbereitung einen Besuch abzustatten. Zur Simulationsübung „SanBrücke 2025“ am 14. November 2025, ausgerichtet vom Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung (BG Kliniken), kam Generalstabsarzt Johannes Backus. Der ist Kommandeur des Kommandos „Gesundheitsversorgung“ der

Bundeswehr.

Bei dieser Übung spielten die Krisenstäbe der BG Kliniken Frankfurt, Ludwigshafen, Tübingen, Murnau und Bad Reichenhall mit den Bundeswehrkrankenhäusern Ulm und Koblenz ein „Konfliktszenario“ durch.

In der Ausschreibung hieß es: „Die veränderte weltpolitische Sicherheitslage erfordert eine strategische Vorbereitung auf die Verteilung und Versorgung einer großen Anzahl von Verwundeten.“ Militärisch-medizinisches Personal sei im Krieg in mobilen sanitätsdienstlichen Einrichtungen an der Front gebunden. Die Hauptlast der Versorgung kriegsverwundeter Patienten liege somit bei den zivilen Krankenhäusern.

Johannes Backus ist ein ähnlich gern gesehener Gast wie Almut Nolte. Am 27. Juni 2025 nahm er am Hauptstadtkongress, der jährlichen Leitveranstaltung der Gesundheitsbranche, teil. „Sind wir medizinisch kriegstüchtig, und sind unsere Krankenhäuser gerüstet?“, war das Panel überschrieben.

Fehlt was?

Wird immer wieder dasselbe Programm abgespult, stellt sich unweigerlich ein Gewöhnungseffekt ein. Man denkt gar nicht mehr rechts und links. Ist eingenordet. Eingestellt.

Und man stumpft ab. Es fällt nicht mehr auf, dass was fehlt. Dass Friedfertigkeit fehlt. Dass Alternativen fehlen. Ideen zur Lösung von Konflikten. Der Blick auf das unermessliche Leid fehlt. Und das ist nicht erst seit diesem oder letzten Jahr so.

Das geht schon eine Weile. Bereits im Oktober 2024 etwa wurden Bürgermeister bei einer Online-Veranstaltung zum Risiko- und Krisenmanagement auf Krieg eingeschworen. Dabei lernten sie, wie sie im Kriegsfall weiter handlungsfähig bleiben können. Den Teilnehmern wurde insbesondere vermittelt, welche Aufgaben das behördliche Krisenmanagement im Zusammenhang mit Maßnahmen der zivilen Verteidigung hat.

Kommunen als Basis

Am 18. November 2026 lädt das „Forum Zivile Verteidigung“ nach Karlsfeld bei München ein. „Kommunen als Basis der Gesamtverteidigung“ lautet der Titel der Veranstaltung. Eröffnet wird sie mit einem Impulsvortrag der Bundeswehr. „Gesamtverteidigung, Bedrohungslage und Anforderungen an die zivile Seite“, ist er überschrieben. In einem Fachvortrag lernen Kommunalpolitiker, wie sie Streitkräfte zivil unterstützen können.

Auch hier hat die Abstumpfung funktioniert: Das Wort „Friede“ glänzt neuerlich mit Abwesenheit. Selbst bei der Feuerwehr sucht man vergeblich nach Appellen, dass man von der Kriegstreiberei unbedingt Abstand nehmen sollte.

Ein Beispiel dafür ist die Hauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Ittlingen im Februar 2025.

Kreisbrandmeister Bernd Halter ging dabei auf den Ukraine-Krieg ein. In der Pressemitteilung zur Hauptversammlung heißt es, Fachleute seien sich einig, dass man sich aktuell in einem Zustand befinde, der noch nicht den formellen Verteidigungsfall darstellt, aber der auch kein wirklicher Frieden mehr ist. Das durfte Bernd Halter so äußern. Scheinbar ohne dass bei irgendwem die Alarmglocken zu schrillen begannen.



Jana Kerac, Jahrgang 1970, ist seit ihrem Germanistikstudium als freie Journalistin deutschlandweit für verschiedene Zeitungen und Magazine tätig. Schwerpunktmäßig recherchiert sie zu sozialen Themen. Wichtig ist ihr dabei der direkte Kontakt zu Menschen, die von sozialpolitischen Entscheidungen betroffen sind. Seit ein paar Jahren arbeitet sie etwa zur Hälfte von Finnland und von Deutschland aus.